

5. Workshop Rentenangleichung Ost am 8.8.2011 in Schwerin

„Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn sie mich nach dem Zeitraum fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“ Dieses Versprechen gab Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2009 bei der Eröffnung des 9. Deutschen Seniorentages in Leipzig. Die ersten beiden Jahre der Legislaturperiode sind nun fast vorbei



und das Ergebnis ist ernüchternd. Ernsthaftige Bemühungen der schwarz-gelben Koalition, das Versprechen umzusetzen, sind nicht erkennbar. Das „**Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern**“ lud daher – im Rahmen des Landtagswahlkampfes – zu einem Workshop in Schwerin ein, um zusammen mit hochkarätigen Politikerinnen und Politikern des Landes



Dr. Judith Kerschbaumer

Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren, wie diese Aufgabe gelöst werden könne. Rund 200 diskussionsfreudige Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren anwesend.

Die Bündnispartner ver.di, EVG, GEW, GdP, SoVD, Volkssolidarität, BRH und DBwV setzen sich für die Umsetzung des sogenannten „ver.di-Modells“ ein.

Dieses wurde den interessierten Teilneh-

mehr zum **ver.di-Modell**
[hier ...](#)

merinnen und Teilnehmern des Workshops von Dr. Judith Kerschbaumer, Bereichsleiterin Sozialpolitik in ver.di, vorgestellt. Das ver.di-Modell sieht einen Angleichungszuschlag vor, der die Differenz bei den Rentenwerten von derzeit 3,10 Euro pro Entgeltpunkt ausgleicht und so die Angleichung der Renten beschleunigt. Lebensleistung in der Rente würde so endlich gleichbehandelt werden. Wichtig sei, so Dr. Kerschbaumer, aber auch das Erwerbsleben, da hier der Grundstein für die spätere Rente gelegt wird. Deshalb tritt das Bündnis auch dafür ein, die sog. Hochwertung, die die immer noch niedrigeren Entgelte in den neuen Bundesländern ausgleicht, beizubehalten.

Uwe Polkaehn, DGB-Vorsitzender des Bezirks Nord, forderte die Politik auf, endlich einheitliche Einkommensverhältnisse zu schaffen. Dazu gehöre nicht nur eine Angleichung des Rentenwerts Ost, sondern auch ein gesetzlicher Mindestlohn.



Manuela Schwesig

Auch Manuela Schwesig, Sozial- und Gesundheitsministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, vertrat diese Ansicht und sprach sich ebenfalls für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Sie betonte, dass eine Angleichung des Rentenwerts Ost auch eine Anerkennung der Lebensarbeitsleistung sei. Da eine Angleichung vermutlich in Stufen erfolgen wird, ist es notwendig, früh zu beginnen, damit der Prozess des Angleichs schnellstmöglich abgeschlossen wird. Das „ver.di-Modell“ ist für sie „überlegenswert“, um die Ungerechtigkeiten in der Rente abzuschaffen.



Jörg Heydorn, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion betonte, dass er jedes Modell unterstützen werde, das eine Verbesserung schaffe. Sich der besonderen Bedeutung einer Rentenangleichung Ost bewusst, möchte er dieses emotionale Thema über eine Bundesratsinitiative auf Bundesebene einbringen.



Jörg Heydorn

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Harry Glawe, versprach, sich dafür einzusetzen, dass das „ver.di-Modell“ innerhalb der CDU diskutiert wird. Er bezeichnete ver.di als „Motor der Bewegung“ und gab sich auch hinsichtlich der Finanzierung des Modells gesprächsbereit.



Silke Gajek und Helmut Holter

Der Moderator der Veranstaltung, Klaus Michaelis (SoVD), ehemaliger Direktor der Deutschen Rentenversicherung Bund, betonte, dass die Finanzierungskosten des „ver.di-Modells“ seriös gerechnet seien.

Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, konnte auf Initiativen seiner Partei verweisen und forderte ein schnelles Handeln. Die „Überführungslücken“ müssen endlich ausgefüllt werden.

Der Vertreter der FDP, Thomas Heldberg, stellte ein Modell seiner Partei vor und war damit insbesondere Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, weit voraus. Sie versprach, sich im Falle einer Wahl für eine Garantierente einzusetzen.



Thomas Heldberg



Nach sehr emotional geführten Diskussionen, erläuterte Dr. Alfred Spieler (Volkssolidarität) noch einmal, dass es um Gerechtigkeit und nicht um Almosen gehe. Den Politikerinnen und Politikern gab er den Tipp mit auf den Weg, die Emotionen der Anwesenden ernst zu nehmen und ihren Worten endlich Taten sprechen zu lassen.